

bonnbonn

Gesetze und Gesetzentwürfe

- In einem am 8.1.1991 veröffentlichten Gesetzentwurf der Bundesregierung (12/42), der das *Übereinkommen der UN-Generalversammlung über die Rechte des Kindes* ratifizieren soll, wird der Anspruch des Kindes auf gesellschaftliche Schutzmaßnahmen, die überall in der Welt zu beachten sind, unterstrichen. Das Übereinkommen war am 20.11.1990 in New York getroffen worden und sieht unter anderem den Schutz der Kinder vor Mißhandlung, einschließlich sexuellen Mißbrauchs, vor.
- In einem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (12/409) ist vorgesehen, Hausfrauen und Schülerinnen ebenso wie Vollerwerbstätigen, deren Kind vor dem 1.1.1991 geboren ist, Anspruch auf *Mütterunterstützung* zu gewähren. Diese beträgt DM 250,— bei einem, DM 300,— bei zwei und DM 350,— bei drei oder mehr Kindern. Der Anspruch soll vom Tage der Geburt des Kindes beginnen.

Anträge

- Nach einem Antrag der PDS/LL soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf mit dem Ziel vorlegen, daß in den neuen Bundesländern „rezeptpflichtige Kontrazeptiva“ von den Krankenkassen übernommen werden (12/490).

Ausschüsse

- In einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Frauen und Jugend erklärte die BR zur *Situation der Frauen in den neuen Bundesländern*, daß deren Anteil an den *Arbeitslosen* im Osten 55,2 Prozent betrage und aufgrund des Strukturwandels mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen sei.
- Der Ausschuß für Frauen und Jugend diskutierte über den Entwurf eines *Rentenüberleitungsgesetzes* (12/405). Die Koalition betonte in einem Antrag, die Anrechnung der Pflegeleistung in der Rente müßte schnellstmöglich in dem geplanten Pflegegesetz geregelt werden. Kritisiert wurde der im Entwurf geplante Wegfall der bisher in der DDR anerkannten Kindererziehungszeiten ab 1995 für berufstätig gewesene Mütter.

Anfragen und Antworten/Berichte

- Die PDS/LL erkundigt sich in einer Kleinen Anfrage (12/354) nach Charakter und Ziel von *Schwangerschaftsberatungsstellen in Ostdeutschland*. Sie will auch Auskunft darüber, ob die kostenlose Beratung für Frauen, die ihr Kind austragen wollen, sichergestellt ist, und begründet die Anfrage mit dem Verdacht, daß der Rechtsanspruch auf Schwangerschaftsberatung über ein flächendeckendes System von Zwangsberatungsstellen für Konfliktfälle reali-

siert wird, während für die anderen Frauen nur der Hausarzt zur Beratung zur Verfügung steht. Die bisherigen 859 Betreuungsstellen würden gegenwärtig „abgewickelt“.

- Die Bundesregierung hält die Quotenregelung für Frauen im öffentlichen Dienst sowohl für verfassungsrechtlich bedenklich als auch für ein „untaugliches Instrument der Frauenförderung in der Bundesverwaltung“. Dies erklärt sie in ihrem Bericht zur Frage weiterer Maßnahmen der Frauenförderung im Beruf etc., der dem Bundestag am 16.5.1991 als Unterrichtung (12/447) zugeleitet wurde.
- In einem Bericht darüber, wie der Bundestagsbeschluß zum Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ (11/8520) umgesetzt wird, betont sie, die Inanspruchnahme von *genetischer Beratung* vor der Zeugung eines Kindes müsse freiwillig bleiben. Der Arzt dürfe keinen Druck auf Entscheidungen, etwa für eine Abtreibung, ausüben.
- Die Bundesregierung teilte mit, es habe nur einen Fall einer *Zwangsuntersuchung* einer Frau auf Schwangerschaftsabbruch an der deutsch-holländischen Grenze gegeben. Die Tatsache, daß es beim Grenzschutz dafür keine eigenen Formulare gäbe, beweiße, daß dies nicht zur Routine gehört.
- Von 1982 – 1989 sind in der BRD etwa 460 *Stellen zur Förderung der Gleichbehandlung* von Frauen eingerichtet worden. Diese Zahl nennt ein Bericht der BR (11/4893).

Aus anderen Zeitschriften

Bahr-Jendges, Jutta: Gemeinsames Sorgerecht nach der Scheidung?, in: *Unterschiede* (vormals *Frauen und Schule*) 1/1991, S. 26

Gerhard, Ute/Veil, Mechthild: Rechtsangleichung zu Lasten der Frauen – Ihre Alterssicherung im vereinten Deutschland, in: *Frauenforschung, Informationsdienst des Forschungsinstituts Frau und Gesellschaft*, 4/1990, S. 13

Grandke, Anita: Kann Schwangerschaftsabbruch durch das Strafrecht verboten werden?, in: *Neue Justiz* 12/90, S. 542

Kalthoener, Elmar/Büttner, Helmut: Die Entwicklung des Unterhaltsrechts bis Ende 1990, in: *NJW* 1991, S. 398

Kinder im Recht von Morgen. Zur Reform des Kindschaftsrechts an der Schwelle des Jahres 2000. Reader zur gleichnamigen Tagung vom 27. bis 29. April 1990 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, in: *Pressestelle der Evangelischen Akademie Bad Boll* (Hg.), *Protokolldienst* 28/90

Schwangerschaftsabbruch in anderen Ländern (einzelne Artikel zur tatsächlichen und rechtlichen Situation in Großbritannien, UdSSR, Irland, China, Venezuela, USA, Dänemark, Luxemburg, ehem. DDR, Belgien, Österreich, Italien, Costa Rica, Uruguay, Bolivien, Peru, Chile), in: *pro familia* magazin 1/91, S. 1-26

Schwenzer, Ingeborg: Namensrecht im Überblick – Entwicklung – Rechtsvergleich – Analyse, in: *FamRZ* 1991, S. 390

Sick, Brigitte: Die Rechtsprechung zur Sexualbeleidigung, in: *JZ* 1991, S. 330

Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis e. V. (Hg.): Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis – Heft 29: Trotz Fleiß kein Preis, Köln 1991, darin:

Degen, Barbara: Frauenquoten – Die Männerjustiz schlägt zu, S. 111

Schunter-Kleemann, Susanne: EG-Binnenmarkt – Markt der Möglichkeiten oder Markt der Betroffenen, S. 79

Aus der Rechtsprechung

Schweizerisches Bundesgericht, Lausanne, Urteil vom 27.11.1990: Ausschluss der Frauen von den politischen Rechten im Kanton Appenzell Innerrhoden verstößt gegen die Bundesverfassung, *EuGRZ* 1991, S. 95.

Buchhinweise

Hörburger, Hortense: Europas Frauen wollen mehr, SP-Verlag 1990

Konnertz, Ursula (Hg.): Grenzen der Moral – Ansätze feministischer Vernunftkritik, Tübingen, Ed. diskord 1991

Lucke, Doris: Das Geschlechterverhältnis im rechtspolitische Diskurs. Gleichstellungsdiskussion und gesetzgeberischer „double talk“, *bremer soziologische texte*, Bd. 4

Nagl-Docekal (Hg.), *Feministische Philosophie*, R. Oldenbourg Verlag, Wien/München 1990

Neusel, Ayla/Tekeli, Sirin/Akkent, Meral (Hg.): *Aufstand im Haus der Frauen: Frauenforschung aus der Türkei*, Berlin, Orlanda-Frauenverlag 1991

Schaeffer-Hegel, Barbara: *Vater Staat und seine Frauen*, Centaurus 1990

Stan Dahl, Tove: *Women's Law. An Introduction to Feminist Jurisprudence*, Norwegian University Press

Thönissen, Ann/Meyer-Andersen, Klaus: *Dunkelziffer. Das geheime Geschäft mit der schmutzigen (Kinder-)Pornographie*, Goldmann

Vergewaltigung – Über die Lern(un)fähigkeit von Institutionen, Reader zur gleichnamigen Fachtagung am 15.9.1988 in Düsseldorf, veranstaltet von der Frauenberatungsstelle Düsseldorf

Bezug: Frauenberatungsstelle, Ackerstr. 144, 4000 Düsseldorf
Voraussetzung für die Zusendung ist die Überweisung von DM 5,— auf das Postgirokonto Essen Nr. 7629-431 und die Zusendung von DM 2,— Unkostenpauschale in Briefmarken.

Deutscher Juristinnenbund

Der Deutsche Juristinnenbund lädt zur 29. Arbeitstagung vom 25. bis 28. September 1991 in Lübeck ein.

Die Eröffnungsveranstaltung findet am 25. September um 19.00 Uhr in der Petri Kirche in Lübeck statt; den Festvortrag hält Frau Senatorin Prof. Dr. Limbach zu dem Thema „Recht und Unrecht in der Justiz der DDR: Fakten – Folgen – Überwindung“. Die Arbeitstagung wird im Hotel Lysia, Beim Holstentor, durchgeführt. Themen sind „Medizin, Recht und Ethik: Auswirkungen humanmedizinischer Forschung insbesondere im Bereich der Gerontologie“, behandelt von Prof. Dr. Kanowski aus medizinischer Sicht und von Prof. Dr. Deutsch aus juristischer Sicht, sowie aktuelle Fragen des Verfassungsrechts und im Rahmen einer Podiumsdiskussion die verschiedenen Lösungsmodelle zum Problembereich des § 218.

Anmeldungen werden erbeten an die Geschäftsstelle des Deutschen Juristinnenbundes, Sträßchensweg 28, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/238613.

Adreßverzeichnis

Der Verein „Frauen streiten für ihr Recht e.V.“ gibt ein Adreßverzeichnis feministischer Anwältinnen heraus, in dem Anschriften von Rechtsanwältinnen aus der BRD, der Schweiz und Österreich verzeichnet sind. Das Verzeichnis kann zum Unkostenbeitrag von DM 13,— bezogen werden über S. Heinke, Hamburger Str. 181, 2800 Bremen 1